

Gesetz der Bundesregierung zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und Alternativen der Fraktion die Linke

Ziel des Gesetzes war es laut Beschreibung der Bundesregierung, „Wertschätzung“ dafür, dass Menschen sich bürgerschaftlich engagieren auszudrücken und zugleich mehr Menschen zu motivieren, sich finanziell oder ehrenamtlich für die Gesellschaft zu engagieren. Zu diesem Zweck weitete die Bundesregierung die steuerlichen Regelungen zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit und des Spendens und Stiftens aus bzw. vereinheitlichte es.

Wesentliche Änderungen im Steuerrecht durch den Gesetz

1. Einkommensteuergesetz:

- Anhebung der Übungsleiterpauschale von 1 848 € auf 2 100 €/Jahr (§ 3 Nr. 26 EStG)
- Einführung eines allgemeinen Freibetrages für Einnahmen aus nebenberuflichen Tätigkeiten im gemeinnützigen, mildtätigen und kirchlichen Bereich in Höhe von 500 € (§ 3 Nr. 26 a EStG neu),
- Vereinheitlichung von gemeinnützigen und spendenbegünstigten Zwecken (§ 10 b (1) EStG) auf die Formulierung Zuwendungen (Spenden und Mitgliedsbeiträge),
- Anhebung des Höchstbetrages für den Spendenabzug auf 20 % des Gesamtbetrages der Einkünfte (GdE) von bisher höchstens 10 % des GdE (§ 10 b (1) EStG),
- Anhebung der Höchstgrenze für die steuerliche Begünstigung von Spenden aus Unternehmen von 2 auf 4 Promille der Summe der Umsätze und der Löhne und Gehälter (§ 10 b (1) EStG),
- Abziehbare Zuwendungen, die den Höchstbetrag überschreiten oder im Veranlagungszeitraum nicht geltend gemacht werden können, können in den folgenden Veranlagungszeiträumen **zeitlich unbegrenzt** abgezogen werden (Spendenvortrag),
- Streichung des bisherigen zusätzlichen Höchstbetrages für Zuwendungen an Stiftungen i. H. v. 20 450 €/Jahr
- Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge bis in Höhe von 20 % des GdE (§ 10 b (1) EStG)
- Streichung des Spendenrücktrages (§ 10 b (1) EStG)
- Anhebung des Höchstbetrages für die erstmalige Vermögensausstattung von Stiftungen auf eine Million € sowie seine Ausdehnung auf Zustiftungen (§ 10 b (1 a) EStG)
- Senkung des pauschalen Satzes mit dem zu haften ist, wenn Spenden nicht für die steuerbegünstigten Zwecke eingesetzt werden
- Die Regelungen und der Anhang der Einkommensteuerdurchführungsverordnung bez. der Förderung mildtätiger, kirchlicher, religiöser...Zwecke entfallen aufgrund der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der steuerbegünstigten Zwecke in § 10 b (1) EStG
- Anhebung des Betrages bis zu dem als Nachweis einer Spende der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung eines Kreditinstituts genügt auf 200 €.

2. Körperschaftsteuergesetz/Gewerbsteuergesetz

- Übernahme der Regelungen des Einkommensteuergesetzes bez. der Höchstbeträge für den Spendabzug und Spendenhaftung

3. Abgabenordnung

- Die bisherige Unterscheidung der steuerbegünstigten Zwecke in vier Gruppen wird zugunsten eines einheitlichen umfangreichen Katalogs umgewandelt (z. B. Förderung Entwicklungszusammenarbeit, Verbraucherschutz, Kriminalprävention, Tierschutz etc. – insgesamt 23 steuerbegünstigte Zwecke); gemeinsam mit der Streichung der §§ 48, 49 und des Anhangs in der EStDV wird Klarheit geschaffen (§ 52 (2) AO).
- Die Steuervergünstigung wird auch nicht ausgeschlossen, wenn eine Körperschaft anderen Personen, Unternehmen, Einrichtungen oder einer Körperschaft öffentlichen Rechts für steuerbegünstigte Zwecke oder aber ihre gehörende Räume an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder steuerbegünstigte Körperschaften für steuerbegünstigte Zwecke überlässt (§ 58 Nr. 3 und 4).
- Die Besteuerungsgrenze, ab der ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb einer gemeinnützigen Körperschaft steuerpflichtig ist, wird von 30 678 €/Jahr auf 35 000 € Einnahmen einschließlich Umsatzsteuer/Jahr angehoben. Dazu korrespondierend wird die Besteuerungsgrenze im Umsatzsteuergesetz (§ 23 a (2) UStG) angehoben.

Bewertung durch die Fraktion Die Linke:

Die Förderung des ehrenamtlichen Engagements ist zweifelsohne von hoher Bedeutung, denn bürgerschaftliches Engagement befördert den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens und die soziale Integration sowohl der Aktiven als auch der Betroffenen

Steuerliche Instrumente können jedoch auf Seiten der Aktiven nicht die Wirkung entfalten, die sich die Bundesregierung von ihnen verspricht. So soll das Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements „Hilfen für Helfer im Sinne von Erleichterungen für das bürgerschaftliche Engagement“ geben. Allerdings profitieren von z. B. der Übungsleiterinnenpauschale bzw. ihrer Erhöhung sowie dem Steuerabzug für ein bestimmtes bürgerschaftliches Engagement nur diejenigen, die tatsächlich Steuern zahlen. Keine Würdigung und Unterstützung erfahren die 27 % der Erwerbslosen, 30 % der Studierenden und 28 % der Rentnerinnen und Rentner, die sich bürgerschaftlich engagieren. Dazu kommt, dass z. B. Daten darüber, wie viele Steuerpflichtige Aufwandsentschädigungen in welcher Höhe erhalten und die Übungsleiterpauschale nutzen, nicht existieren und demzufolge Aussagen über die Wirksamkeit steuerlicher Abzugs- bzw. Freibeträge für bürgerschaftliches Engagement durch die Bundesregierung nicht getroffen werden können (Antwort auf die Kleine Antwort der Fraktion DIE LINKE. 16/4256).

Im Wesentlichen nutzen steuerliche Abzugsbeträge SteuerzahlerInnen in dem Ausmaß, wie Steuern auch tatsächlich gezahlt werden. Mit anderen Worten: Je höher die Steuerlast, desto höher die Erstattung und damit der Nutzen steuerlicher Instrumente. Die massiv gesunkene und weiter sinkende (ab 2008) Steuerbelastung senkt auch die Steuererstattung, die aus einer Spende u. ä. resultiert. **Steuerliche Instrumente werden damit zunehmend uninteressant und wirkungslos.**

Den Ausbau des steuerlichen Instrumentariums bez. gemeinnütziger Tätigkeit sieht die Fraktion Die Linke vor allem vor dem Hintergrund des Abbaus öffentlicher Daseinsvorsorge kritisch: Der Staat bzw. die Gesellschaft beraubt sich damit des Instruments, durch eigenen Einsatz von Geldern eigene politische Prioritäten zu setzen, Mittel in Abhängigkeit gesellschaftlicher Notwendigkeiten zu verstärken bzw. zu kanalisieren. Dazu kommt das verteilungspolitische Moment: Hier liegt das Problem insbesondere darin, dass die Stifterinnen und Stifter durch Spenden an Stiftungen ihre Steuerlast deutlich senken können. Gleichzeitig liegt die Verwendung der auf diese Weise bereitgestellten Mittel im Ermessen von Privatpersonen. Öffentliche Güter gelangen damit unter den Einfluss von Individualinteressen.

Das Gesetz führt allerdings tw. zu einer Vereinfachung, Straffung und tw. Klarstellung verschiedener Regelungen des Spenden- und Gemeinnützigkeitssteuerrechts.

Positive Elemente sind:

- Die Anhebung der Übungsleiterpauschale, aber Ehrenamtliche, die **gar keine** Entschädigungen erhalten, sondern ausschließlich Kosten haben, profitieren davon nicht, ebenso wenig wie Menschen, die keine Steuern zahlen. Sinnvoller ist an dieser Stelle für viele Ehrenamtliche z. B. die direkte Erstattung von Kosten bzw. direkte Zuwendung.
- Die Anhebung der Besteuerungsgrenze für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gemeinnütziger Körperschaften, allerdings ist dies ein **Eingeständnis der Tatsache, dass Vereine und Stiftungen zunehmend Mittel durch wirtschaftliche Tätigkeit selbst erwirtschaften müssen**. Hier stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf die gemeinnützige Tätigkeit.
- Die Veränderung/Vereinheitlichung des Katalogs der als gemeinnützig anerkannten Tätigkeiten in der Abgabenordnung, nach wie vor fordern zahlreiche Ehrenamtlich aber ein einheitliches Verfahren der Anerkennung der Gemeinnützigkeit, weg von den Finanzämtern vor Ort.

Problematisch ist:

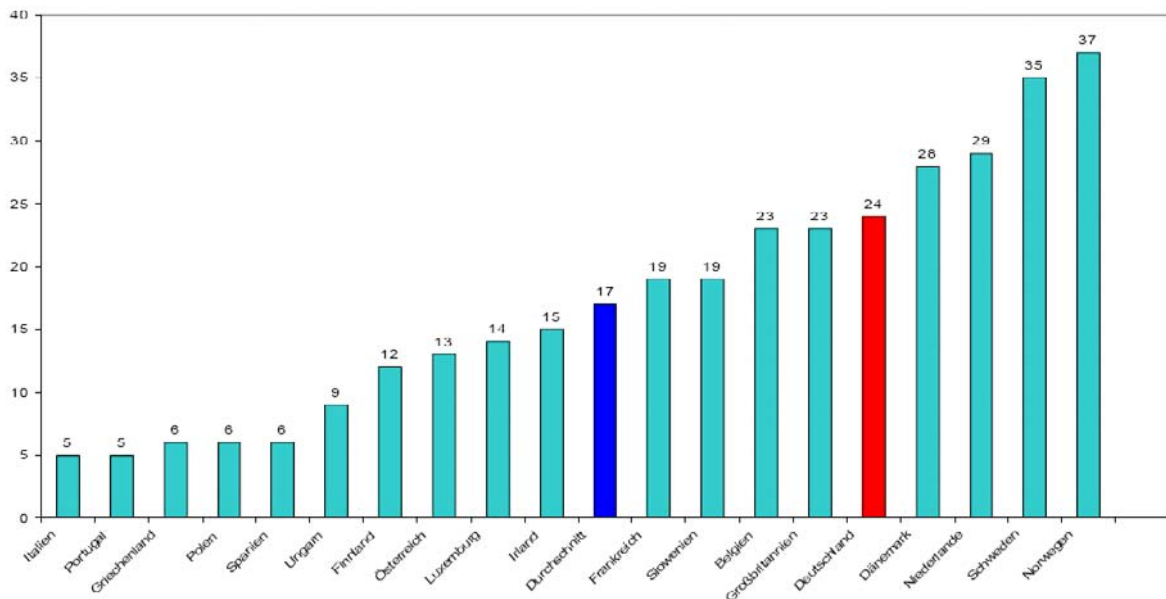
- Von der massiven Ausweitung des Steuerabzuges für Spenden an Stiftungen in Form des unbefristeten Spendenvortrages sowie der Erhöhung des Abzugsbetrages in den Vermögensstock der Stiftung profitieren im Wesentlichen besser verdienende SpenderInnen. Dazu kommt, dass Stiftungen Zwecke verfolgen, die – auch bei Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus' - auf dem Willen einer einzelnen Person (Stifter) beruhen. Die Verwendung der auf diese Weise bereitgestellten Mittel liegt im Ermessen des Stifters bzw. der Stiftungsgemeinschaft und ist einem demokratischen und parlamentarischen Entscheidungsprozess entzogen. **Weiterhin wird der größte Anteil (= 43 %) freiwilliger Tätigkeiten laut Auskunft der Bundesregierung (Antwort auf Kleine Anfrage 16/4256) in Vereinen, in Stiftungen hingegen gerade zu 7 % ausgeübt.**
- Laut Freiwilligensurvey der Bundesregierung wünschen sich Engagierte insbesondere Verbesserungen im nicht steuerlichen Bereich. Dazu gehören u. a. mehr Finanzmittel für Projekte (63 %), bessere Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln (43 %) und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten (35 %).
- Die Linksfraktion hat einen eigenen Antrag eingereicht, in dem dies aufgegriffen wurde (Drs. 16/5245). Hier wird der Ausbau insbesondere der nichtsteuerlichen Instrumente gefordert.

1. Einführung von Instrumenten der direkten Demokratie, wie Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene, Ergänzung der Bürgerbeteiligungsverfahren um innovative Formen wie Runde Tische, Bürgergutachten sowie Bürgerforen und Beförderung einer politischen Kultur der Beteiligung und des Dialogs, die dem gestiegenen Engagement und dem wachsenden Kompetenzbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Rechnung trägt.
2. Förderung einer Anerkennungskultur, die
 - a) auf die Schaffung von Öffentlichkeit für bürgerschaftliches Engagement durch regelmäßige Berichterstattung in allen Medien – insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten – hinwirkt;
 - b) auf die Qualifizierung der bestehenden Internetseiten zu einem bundesweiten Portal und stärkere Nutzung des Internets für Information und Beteiligung zielt und in diesem Sinne auf die Bundesländer einwirkt;
 - c) sich auch in der Einstellungs“kultur“ der Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wiederfindet, indem bürgerschaftliches Engagement als wichtige Qualifikation und entscheidendes Befähigungskriterium berücksichtigt wird, und außerdem Sonderurlaub für bürgerschaftlich Engagierte gewährt wird,
3. Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich Engagierte, indem ein einfaches, verständliches sowie transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentlichen Zuwendungen geschaffen und der Versicherungsschutz für Engagierte weiter ausgebaut werden,
4. Förderung von Projekten, die auf eine Öffnung der Schule in die Gesellschaft zielen, den Jugendlichen und Kindern Möglichkeiten und Räume für ein frühzeitiges Lernen von bürgerschaftlichem Engagement bereitzustellen und sie als zivilgesellschaftliche Akteure ernst zu nehmen sowie ihnen ein umfangreiches Fortbildungs- und Informationsangebot zur Verfügung zu stellen,
5. Benennung eines Beauftragten der Bundesregierung für bürgerschaftliches Engagement sowie in jedem Kreis einen Ansprechpartner für bürgerschaftlich Engagierte,
6. Anerkennung der Weiterbildung von bürgerschaftlich Engagierten als Bildungsurlaub und bei Erwerbslosen die dafür aufgewendete Zeit nicht auf den 3-Wochen-Urlaubsanspruch anzurechnen,
7. Angebot kostenloser Qualifikations- und Fortbildungskurse,
8. Ausbau der Datenerhebung zum ehrenamtlichen Engagement und der Gemeinnützigkeit, um den Wissensstand über die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements und die Wirkung steuerlicher und außersteuerlicher Förderinstrumente auszubauen,
9. Finanz- und haushaltspolitische Maßnahmen:
 - a) Kommunen und Länder müssen finanziell verstärkt in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Darüber hinaus ist es notwendig, gemeinnützige Institutionen und bürgerschaftlich Tätige durch direkte Zuwendungen zu unterstützen. Um die Finanzkraft zu stärken, werden die Vermögensteuer wieder erhoben sowie die Erbschaft- und Gewerbesteuer reformiert;

- b) die Fehlbedarfsfinanzierung von gemeinnützigen Organisationen ist auf eine Festbetragsfinanzierung umzustellen und verstärkt als institutionelle Förderung zu leisten;
- c) auf die Bundesländer dahingehend einzuwirken, dass bürgerschaftliches Engagement dezentral gefördert wird und die dadurch entstandenen Sachaufwendungen (wie Fahrt- und Telefonkosten) unbürokratisch (z.B. durch Bürgerinnenjurs) erstattet werden sowie eine kostenfreie Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung zu stellen;
- d) über die Höchstsätze für die Abzugsfähigkeit von Spenden für gemeinnützige Zwecke hinaus ist ein zusätzlicher absoluter Höchstbetrag zu erhalten;
- e) die „Übungsleiterpauschale“ ist in ihrem Anwendungsbereich auszudehnen;
- f) neben den Kirchen sind alle gemeinnützigen Institutionen von der Grunderwerbssteuer zu befreien.

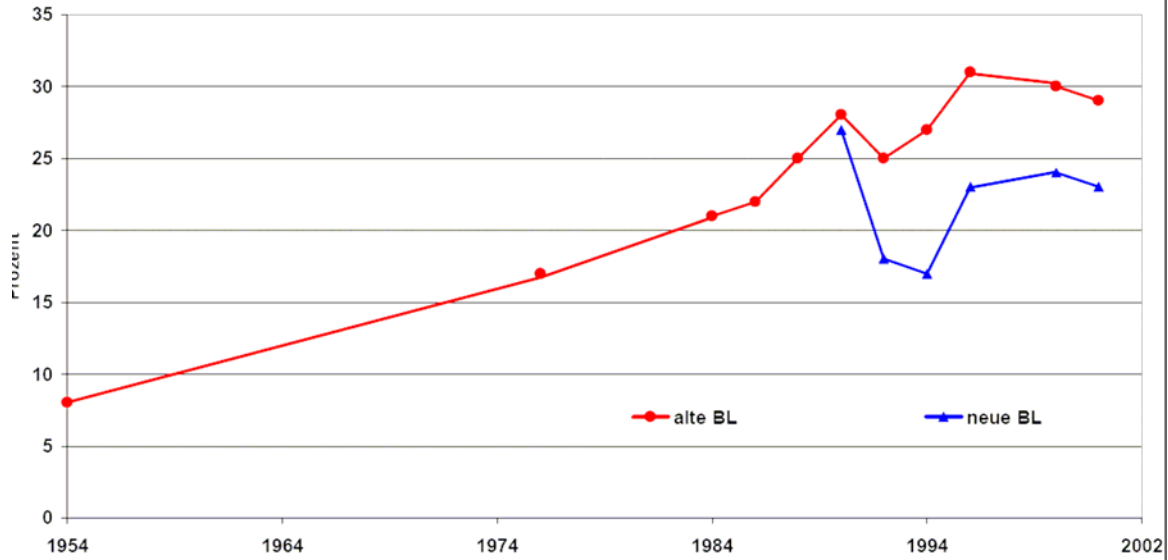
Allgemeine Daten:

Engagementquoten im europäischen Ländervergleich
(in Prozent)



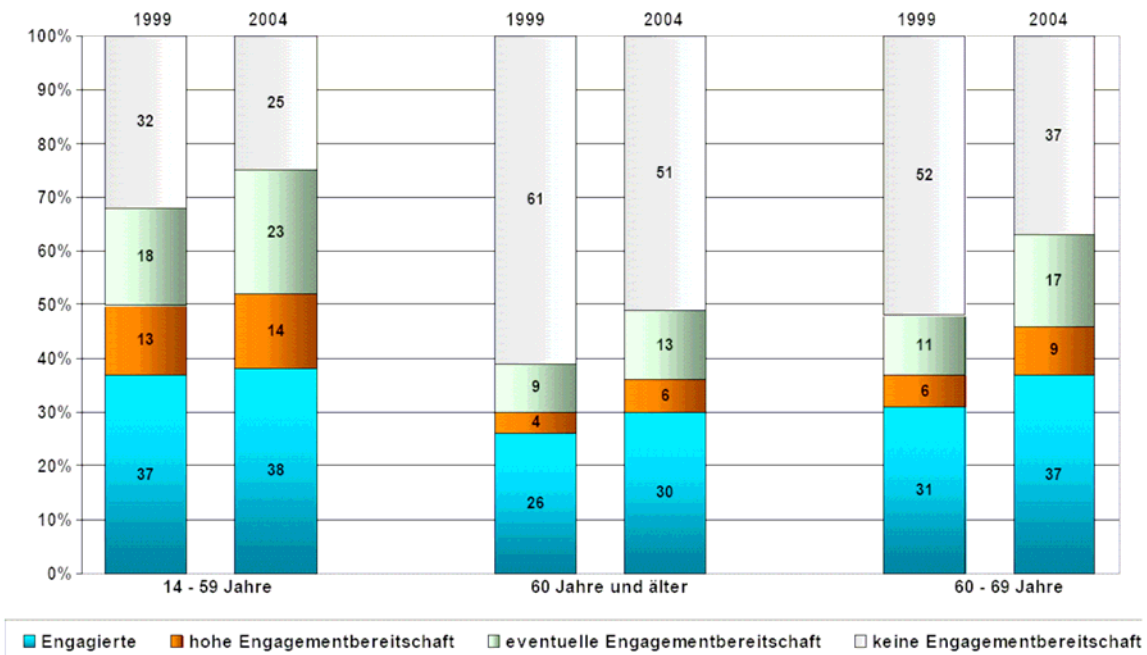
Ehrenamtliche in Deutschland im Zeitverlauf 1954 - 2001

(Anteil ehrenamtlich Tätiger in Vereinen, Verbänden oder Sozialen Diensten) - in Prozent



Engagement und Engagementbereitschaft nach Altersgruppen 1999 und 2004

(in Prozent)



Engagierte nach Erwerbsstatus:

Erwerbsstatus	1 1999	2 2004	Gesamt	
1 Selbstständige	6,9	7,5	7,2	7,2
2 abhängig Beschäftigte	47,3	45,2	46,2	46,2
3 Schüler/in Ausbildung	13,3	13,3	13,3	13,3
4 Arbeitslos	2,8	3,8	3,3	3,3
5 Hausfrau/Hausmann	9,9	7,5	8,7	8,7
6 Rentner/Pensionär	17,0	20,0	18,5	18,5
7 Sonstiges	2,9	2,6	2,7	2,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Anzahl der Steuerpflichtigen, die steuerliche Abzugsmöglichkeiten nutzen:

Anzahl Steuerpflichtige ¹⁾ mit abzugsfähigen Spenden ²⁾	2001	2002	2003 ³⁾	2004 ⁴⁾
für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke (§10b Abs. 1 Satz 1 EStG, bis 5 % des GdE)	6 122 779	6 650 553	6 232 736	4 837 637
davon mit einem GdE bis zu 20 000 Euro	1 117 392	1 278 182	1 199 962	939 833
20 000 Euro – 40 000 Euro	2 208 912	2 380 582	2 225 212	1 774 207
40 000 Euro – 100 000 Euro	2 355 058	2 530 567	2 374 190	1 875 722
100 000 Euro und mehr	441 417	461 222	433 372	247 875
für wissenschaftliche, mildtätige und kulturelle Zwecke (§10b Abs. 1 Satz 2 EStG, bis 10 % des GdE)	2 216 727	2 441 800	2 194 789	1 887 113
davon mit einem GdE bis zu 20 000 Euro	375 556	427 941	382 316	326 549
20 000 Euro – 40 000 Euro	751 487	813 296	724 751	636 670
40 000 Euro – 100 000 Euro	902 750	998 099	899 946	793 224
100 000 Euro und mehr	186 934	202 464	187 776	120 670
für kirchliche, religiöse und gemeinnützige Zwecke, bis 2 v. T. des Umsatzes	5 994	6 505	5 480	1 829
davon mit einem GdE bis zu 20 000 Euro	4 610	5 059	4 340	1 476
20 000 Euro – 40 000 Euro	638	657	523	171
40 000 Euro – 100 000 Euro	490	517	371	117
100 000 Euro und mehr	256	272	246	65